...mung̈sergebnis.
...eit für den Anschluß ...land.
...twa 150 000 Stimmberech... ...t ihre Stimme abgegeben, ...s 125 000 für den Anschluß

...en Ergebnissen wurden in ...en den Anschluß abgegeben. ...and Lepdeck ergab sich eine

...Faszisten u. Tiroler Bauern.
... gestern ein Zusammenstoß ... Bauern statt, wobei 1 tot ...ndet wurden.

...ische Krieg.
...agebericht vom 21.: In der ...ndliche Patrouillen bei der ...rch unser Feuer zerstreut. ...o Süden herrscht Ruhe. — ...m nichts Neues. In der ...ometer östlich von Riazly ... die sich unseren Vorposten ...erkampf vertrieben.
...henes. Nach zuverlässigem ... in einer Stärke von 5000 ...er Grenze von Epirus ge... bezogen. Diese Tätigkeit ...r Einfluß und unter Mit...

...enes. Durch ministerielles ...ahrgangs 1916 der Marine...

...Athenes. Einer Meldung ...er Barca mit einem bul... ...n aus Odessa eingetroffen, ... führten. Der Zweck ihrer ...Propaganda auf dem Bal...

Nagold: 1928

Reißzeuge

...ch kleinere Zusammenstellungen für Anfänger

Ersatzteile, Reparaturen

...i G. Kläger, Uhrmacher.

Ein Lehrling

...bei Lehrstelle. 1838

Gottlob Rilling

...asch.-Werkstätte, Nagold.

Bäcker-
...ehrlingsgesuch

Ein braver, kräftiger Junge ...barer Eltern findet sofort ...er später gute Lehrstelle bei

Jacob Friederich 1848

Brot- und Feinbäckerei

Pforzheim, Göthestr. 5

Gesucht 1934

...rd seitens der Export-Ab...lung einer größeren Fa...k im württ. Oberland ein

...unger Kaufmann

...n nicht mehr als 22 Jahren, ...r auf einer höheren Lehr...stalt mindestens die mitt...e Reife erlangt hat und ... zuverlässiger Rechner ist. ...Angeb. m. Zeugnisabschr., ...ferenz. u. Lichtbild sowie ...gabe der Gehaltsanspr. ...o. unter S. H. 2940 an ...dolf Mosse, Stuttgart.

Jungfrauen-
Liederbücher

in neuer Auflage soeben erschienen und wieder vorrätig bei

...W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826. Fernsprecher 29.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto Stuttgart 5113.

Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: K. Mähr, Nagold.

Nr. 95 — Dienstag den 26. April 1921 — 95. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Debatte wegen Ausbleibens der Regierungserklärung.

Berlin, 23. Apr. Nach Eröffnung der Sitzung erklärt Präsident Loebe:

Der Reichskanzler hat mitgeteilt, daß die Regierung zu ihrem Bedauern im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in der Lage ist, die in Aussicht genommene Erklärung über die auswärtige Politik abzugeben. Gestern hat der Reichsminister im Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß der Präsident der Ver. Staaten von Amerika in entgegenkommender Weise die Vermittlung neuer geeigneter deutscher Vorschläge an die Alliierten in Aussicht gestellt hat. Die Regierung ist bei der Beratung dieser neuen Vorschläge und hält es nicht für tunlich, sie zum Gegenstand einer öffentlichen Besprechung zu machen, bevor die Vorschläge in die Hände des Vermittlers gelangt sind. Sie bittet infolgedessen den Reichstag, die Entgegennahme der Regierungserklärung und ihre Besprechung auf Montag zu verschieben.

Abg. Crispien (Unabh.): Wir erheben Widerspruch. Es handelt sich hier um Fragen, die für die Geschicke des deutschen Volkes entscheidend sind. Bisher haben wir Zurückhaltung geübt im Vertrauen darauf, daß die Vereinbarungen eingehalten werden, die die Regierung mit den Parteien getroffen hat. Spätestens heute sollte die Erklärung abgegeben werden. Daß die Note nicht fertiggestellt ist, kann nicht stichhaltig sein. Es muß endlich mit der Taktik gebrochen werden, daß die Regierung auf eigene Faust unter Ausschaltung des Reichstages operiert (Sehr richtig! links) zumal da die Handhabung sehr unglücklich war, indem uns die Regierung immer wieder vor Ueberraschungen stellte. Der Reichstag kommt auf diese Weise um die Möglichkeit, seine Forderungen geltend zu machen. Wie will man sich unter solchen Umständen darauf berufen, daß hinter den Regierungskundgebungen die Vertreter des deutschen Volkes stehen? Wir beantragen sofortige Beratung der außenpolitischen Fragen und der dazu eingebrachten Interpellationen.

Reichskanzler Fehrenbach: Die Reichsregierung hat keinen Widerspruch gegen die Anberaumung der heutigen Sitzung erhoben in der Annahme, daß die Antwort auf die amerikanische Note um diese Zeit bereits abgegangen wäre. Das hat sich bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Sache nicht durchführen lassen. Es entspricht auch in den Ländern, die schon seit lange durchaus demokratisch regiert werden, nicht den Gepflogenheiten diplomatischer Verhandlungen, in eine öffentliche Erörterung über eine Note im Parlament einzutreten, bevor das Schriftstück an seine Adresse gelangt ist. Die Regierung, die sehr wohl weiß, daß die Zukunft des deutschen Volkes von dem Erfolg ihres Schrittes abhängig sein wird, kann sich nicht dazu verstehn, in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten, ehe nicht die amerikanische Regierung die deutsche Antwort in ihren Händen hat.

Abg. Geyer (Komm.) erhebt gleichfalls Widerspruch gegen den Abbruch der Sitzung. Man müsse doch zunächst feststellen, ob der Reichstag überhaupt mit dem Schritt an Amerika einverstanden sei. Das Verhalten der Regierung gefährde die Stellung des Reichstages und entspreche nicht seiner Würde.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.) Wir bedauern, daß die Regierung nach ihrer gestrigen Zusage heute erklärt, nicht Rede und Antwort stehen zu können. Wir können Erklärungen der Minister nach der Verfassung verlangen, aber wir können sie nicht zum Reden zwingen. Wenn die Regierung sich weigert, sachlich Auskunft zu geben, halten wir eine Debatte zur Zeit für zwecklos. Aber die ungeheure Verantwortung, die die Regierung und besonders der Minister des Auswärtigen durch seinen Aufsehen erregenden Schritt bei der amerikanischen Regierung auf sich genommen hat, ist allein von der Regierung zu tragen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Kommunistische Belehrungen über die Würde des Parlaments lehnen wir ab. Den Grundsatz, daß die diplomatische Note nicht vor Uebergabe an die fremde Regierung erörtert werden dürfe, respektieren wir, können aber nicht zugeben, daß über die Absichten der Regierung nicht gesprochen werden könnte. Wann glaubt die Regierung, uns Rede und Antwort stehen zu können? Es kann ja eventuell in einer Nachtsitzung geschehen. Jetzt hat eine Debatte in der Tat keinen Zweck. Es steht aber nichts im Wege, über die vorliegenden Anträge betreffend die Sondergerichte jetzt abzustimmen.

Abg. Crispien (Unabh.): Die ganze Geheimniskrämerei ist lächerlich, zumal da die gestrige Note bereits vor einigen Tagen in der amerikanischen Presse veröffentlicht worden ist. Die Regierung müßte den größten Wert darauf legen, im Einklang mit der öffentlichen Meinung zu handeln zumal da wir nur wenige Tage bis zum 1. Mai haben. Wir verlangen also unter allen Umständen eine Besprechung und die Regierung mag es mit sich ausmachen, ob sie sich daran beteiligen will. Wir übernehmen die Verantwortung, wenn wir länger dulden, daß die Regierung auf eigene Faust operiert.

Reichsminister Dr. Simons: Ich bitte, die Aussprache nicht vor Montag anzusetzen. Die Note geht im Laufe der Nacht chiffriert nach Washington, und da morgen Sonntag ist, wissen wir nicht, ob sie schon im Laufe des morgigen Tages in den Händen des Präsidenten Harding ist.

Abg. Geyer (Komm.): Wenn die Note abgegangen ist, hat die nachträgliche Aussprache wirklich wenig Wert mehr. Unter solchen Umständen kann sich der Reichstag ruhig bis zum 1. Mai vertagen. (Zustimmung links).

Der Antrag Crispien über die gestrige Erklärung der Reichsregierung, in Verbindung mit dem der unabhängigen Sozialdemokratie, über die auswärtige Politik sofort in Besprechungen einzutreten, wird gegen die Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. — Gegen die nunmehr von kommunistischer Seite beantragte Fortsetzung der Beratung über die Sondergerichte und den Ausnahmezustand erheben die Parteien der Rechten und des Zentrums Widerspruch. Abg. Crispien stellt darauf den Antrag, Sonntag vormittag eine Sitzung zur Besprechung der auswärtig. Politik anzuberaumen. Für diesen Antrag erhebt sich nur die äußerste Linke.

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: Entgegennahme der Regierungserklärung über die auswärtige Politik und Aussprache darüber in Verbindung mit den Interpellationen der unabhängigen Sozialdemokraten und der Deutschnationalen.

Ausdehnung des Besetzungsgebiets.

Mülheim (Ruhr), 25. Apr. Der Oberbürgermeister erhielt vom Kommandanten der in Speldorf liegenden Truppen die Mitteilung, daß der Platzkommandant von Duisburg die Grenze des Besetzungsgebiets bis nahe an die Ruhr im Stadtteil Broich gezogen hat. Der Schießstand und der Exerzierplatz wurden von den alliierten Truppen requiriert. Die Grußpflicht der Polizeiorgane den Offizieren der Besatzung gegenüber wurde eingeführt.

Der Observer zur Lage.

London, 25 Apr. Der „Observer" schreibt: Bei den ersten Beratungen zwischen den beiden Premierministern in Lympne wurde ein wichtiger Punkt in den französischen Vorschlägen, nämlich ob die Besetzung des Ruhrgebiets unumgänglich sein soll, in der Schwebe gelassen. Lloyd George ist auf diesen Punkt nicht weiter eingegangen, da er in elfter Stunde noch Hoffnung hatte, daß Berlin mit einem greifbaren Angebot hervortreten werde. In Lympne habe man jedoch nichts weiter über das neue Angebot gehört, das Deutschland vorgestern angeblich vorbereitet habe. Der „Observer" führt dann weiter aus: In Frankreich hat anscheinend in den letzten Tagen zwischen den Sachverständigen eine Meinungsverschiedenheit geherrscht. Es wurde dort über zwei Pläne beraten: 1. einen allgemeinen von Seydoux entworfenen Plan, wonach eine interalliierte Kontrolle der deutschen Ausfuhr und der deutschen Kohlenerzeugung ausgeübt werden sollte mit der Drohung einer Besetzung des Ruhrgebiets, wenn Deutschland sich widerspenstig zeige, 2. ein sofortiger und endgültiger Plan einer militärischen Besetzung des Ruhrgebiets als Einleitung und als Mittel zur Erlangung der alliierten Forderungen. Briands unbestimmte vorgestrige Haltung in der Frage, ob die Besetzung des Ruhrgebiets ein integrierender Teil des Planes sei oder nicht, scheine anzudeuten, daß Seydoux Plan die Oberhand gewonnen habe, obgleich es natürlich möglich sei, daß Briand vorgestern nur seine Fühler ausgestreckt habe, um das diplomatische Terrain abzutasten.

Deutsche Note wegen der Kriegsbeschuldigten.

Berlin, 25. Apr. (Wolff) Der Botschafterkonferenz ist am 21. April folgende Note über die Kriegsbeschuldigten übergeben worden:

Der englische Generalstaatsanwalt erklärte kürzlich im Unterhause, daß die von den alliierten Mächten beschlossenen sogenannten Sanktionen zu nicht geringem Teile auf das Verhalten Deutschlands in der Frage der Kriegsbeschuldigten zurückzuführen seien. Diese Erklärung gibt der deutschen Regierung Veranlassung, auf das zurückzukommen, was auf der Konferenz von London der Vorsitzende in der Sitzung vom 3 März zu dieser Frage sagte. Er erwähnte, daß Deutschland mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen in dieser Hinsicht im Rückstande sei, und begründete seinen Vorwurf damit, daß die deutschen Kriegsbeschuldigten trotz des Vertrages von Versailles und der in Spaa übernommenen Verpflichtung noch nicht vor das Gericht gestellt seien, obwohl sich die Unterlagen seit Monaten in der Hand der deutschen Regierung befänden. Diese Begründung ist nicht stichhaltig.

Tatsächlich haben die Regierungen von Italien, Rumänien und Serbien das Belastungsmaterial, dessen Unentbehrlichkeit für die Durchführung der Leipziger Prozesse Lloyd George durch seine eben angeführten Worte selbst anerkennt, dem Oberreichsanwalt in Leipzig bisher überhaupt noch nicht zugehen lassen. Das Material aus Frankreich und Belgien war ihm zur Zeit der Londoner Konferenz erst zum Teil übersandt worden. Auch davon entsprach wiederum nur ein Teil den Anforderungen, die nach deutschem Recht erfüllt sein müssen, um seine Verwertung vor dem Prozeßgericht zu ermöglichen. Erst in der allerletzten Zeit ist der Rest des belgischen Materials eingegangen. Das französische steht zum Teil jetzt noch aus. Das englische Material wurde im November 1920 übersandt, aber ebenfalls in einer Form, die seine Verwendung bei der Hauptverhandlung nach den deutschen Gesetzen nicht gestattete. Die deutsche Anklagebehörde hat zunächst die in Deutschland vorhandenen Unterlagen und das von den fremden Regierungen übersandte Material zusammengestellt und geprüft. Diese Arbeit wurde dadurch wesentlich erschwert, daß die in der ersten Liste enthaltenen Fälle sich meist vor mehreren Jahren zutrugen. Wie schwierig es ist, derartige Fälle nach längerer Zeit, wenn die Teilnehmer in alle Winde zerstreut sind, aufzuklären, erkannte sowohl die französische wie die britische Regierung bei anderer Gelegenheit selbst an. Die französische Regierung erklärte auf die Bitte um Aufklärung eines Vorfalls, der sich im September 1920 im Arbeitslager von Vonclac abspielte, im März 1921, daß die Ermittelung des Sachverhalts mit Rücksicht auf die inzwischen vergangene Zeit unmöglich sei. Die britische Regierung äußerte sich am 6. Februar 1920 in der Frage der Mißhandlung der deutschen Besatzungen bei der noch nicht acht Monate zurückliegenden Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow in ähnlicher Weise. Nach der Beendigung der Sammlungs- und Prüfungsarbeit mußte die deutsche Anklagebehörde dafür Sorge tragen, daß das ausländische Beweismaterial dem Gericht in einer Form zugänglich gemacht werde, die dem deutschen Prozeßrecht genügt. Auf ihre Veranlassung hat sich deshalb die deutsche Regierung mit der Bitte an die britische, französische und belgische Regierung gewandt, sich mit den Besprechungen über die technische Seite der Beweismittelbeschaffung einverstanden zu erklären. Dies führte zu Verhandlungen zwischen dem Vertreter des Oberreichsanwalts und den Vertretern der englischen und belgischen Justizverwaltung, die unmittelbar vor der Londoner Konferenz stattfanden und bei denen Abreden über die Frage des persönlichen Erscheinens der Zeugen vor dem Reichsgericht und über die Form der Vernehmung der nicht erscheinenden Zeugen durch die englischen und belgischen Gerichte getroffen worden sind. Die französische Regierung gab der Anregung der deutschen Regierung bisher nicht statt. Auf eine in den letzten Tagen von ihr gestellte Anfrage nach dem Gegenstande der angeregten Besprechung wurde die deutsche Botschaft in Paris beauftragt, hierüber nochmals genaue Aufklärung zu geben und der französischen Regierung vorzuschlagen, die in London und Brüssel aufgestellten Grundsätze ebenfalls anzunehmen. Die Vernehmung der englischen und belgischen Zeugen, die nicht zum Erscheinen in der Hauptverhandlung bereit sind, steht unmittelbar bevor. Sobald sie erledigt ist, werden die Verhandlungen in Leipzig beginnen.

Wenn gleichwohl der Vorwurf der Verzögerung des Prozesses erhoben und die Behauptung aufgestellt wird, daß die deutsche Regierung seit Monaten im Besitze des erforderlichen Materials sei, so ist dies umso befremdlicher, als der englische Generalstaatsanwalt noch am 13. Februar auf eine Anfrage im Unterhause erklärte, daß bis dahin, jedenfalls aber bis anfang Januar, der deutschen Regierung ein Vorwurf der Verschleppung nicht gemacht werden könne, umsomehr, als er selbst an den inzwischen geführten Verhandlungen teilgenommen hat. Eine Säumnis Deutschlands in dieser Frage liegt nicht vor. Der Versuch, die in London beschlossenen Gewaltmaßnahmen damit zu begründen, muß an den Tatsachen scheitern.

Oberschlesien.

Erzählungen Korfantys.

Korfanty gewährte einem Mitarbeiter der „Chicago Tribune" eine Unterredung, in der er erklärte, eine weitgehende Erklärung der polnischen Regierung über ihre Haltung in der oberschlesischen Frage sei bei einer Besprechung zwischen dem polnischen Minister des Aeußern Sapieha und dem Ministerpräsidenten Witos kürzlich getroffen worden. Es konnte jedoch keine endgültige Festsetzung in der oberschlesischen Frage vor dem 1. Mai getroffen werden. Die Regierungskommission in Oppeln werde ihren Bericht für den Botschafterrat nicht vor Ende April fertiggestellt haben. Außerdem wisse man nicht, ob die Regierung einen einheitlichen Bericht erstatten werde oder 2 oder 3 getrennte Berichte verfasse. General Lerond sei für eine Grenzlinie, die mit der von Korfanty geforderten Linie zusammenfällt und den Polen das gesammte Industriegebiet und das Landwirtschaftsgebiet östlich der Oder einschließlich einer Linie, die sich nordwestlich bis unterhalb Oppeln und Rosenberg hinzieht, zuteilt. Der englische Kommandant werde jedoch wahrscheinlich eine Grenzlinie vorschlagen, nach welcher Polen nur die Bezirke Pleß und Rybnik und einen schmalen Streifen des Industriegebietes an der polnischen Grenze erhalten soll.

Die Agitation für einen Freistaat Oberschlesien.

Der Bund der Oberschlesier, der für einen neutralen Freistaat Oberschlesien eintritt, hat sich an die sämtlichen selbständigen Gemeinden Oberschlesiens mit einem Schreiben gewandt, in dem gegen die Zerreißung Oberschlesiens protestiert, an versteckter Stelle aber der Gedanke des neutralen Freistaat empfohlen wird. Die Gemeinden werden um Ausfüllung einer vorgedruckten Zustimmungserklärung gebeten, auf der ebenfalls deutlich nur der Protest gegen die Zerreißung Oberschlesiens in mehrere Teile herauszulesen ist. Der Verband der besoldeten Kommunalleitungen der oberschlesischen Gemeinden weist darauf hin, daß eine Reihe von Gemeinden diese

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Zustimmungserklärung ausgefüllt haben dürfte, weil sie diese Zustimmung zu dem Gedanken des neutralen Freistaats nicht in dem geschickten Machwerk erkannt hat. Der Verband protestiert scharf gegen diese Methoden der Erschleichung von Unterschriften und weist darauf hin, daß unzweideutige Willenserklärungen der befugten Gemeindeleitungen für den Anschluß Oberschlesiens an Deutschland und damit gegen den neutralen Freistaat vorliegen. Diese Erklärung dürfte umso wichtiger sein, als der Bund der Oberschlesier in seinem Rundschreiben ausdrücklich betonte, daß er das Ergebnis der Zustimmungserklärungen den alliierten Stellen zuleiten werde.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 26. April 1921

Denken Sie stets daran, daß heute in nahezu jeder Gesellschaft über Politik gesprochen wird und daß man darum stets über die neuesten Ereignisse unterrichtet sein muß, wenn man nicht nur als stummer Zuhörer im Kreise sitzen will. Der „Gesellschafter" bringt aber täglich in knapper Form alles Wesentliche. Darum vergessen Sie nicht, den „Gesellschafter" zum 1. Mai zu bestellen.

* **Schwarzwaldverein.** Eine größere Anzahl Mitglieder fuhr letzten Sonntag mit der Bahn nach Berneck. Beim Aussteigen dort regnete es in Strömen, trotzdem ließ sich niemand bewegen, bei einem Viertele unterzustehen. Nachdem die Höhe erstiegen war, kam die Sonne, sodaß der Marsch durch den schönen Wald zu einem wirklichen Naturgenuß wurde. Unter anderem kam man an einer Stelle vorbei, an der sich 8 Wege kreuzten. Dann gings durch Oberhaugstett nach Neubulach, wo ein riesiger Lindenbaum, sicher einige Jahrhunderte alt, bewundert wurde. Von da über Altbulach Geigerles Lotterbett, Reinhardsteisen, Ruine Waldeck zur Station Teinach. Auf der Heimfahrt erfreute uns noch ein Gesangverein frischer Schwarzwaldmädchen mit schönen Frühlingsliedern, so daß jeder Teilnehmer von der gelungenen Wanderung vollauf befriedigt war. Wald Heil.

* **Rückerstattung vom Reichsnotopfer.** In den meisten Gemeinden des Bezirks haben die Steuerpflichtigen ihren einstweiligen Reichsnotopferbescheid erhalten. Da es nun vorgekommen sein wird, daß viele Steuerpflichtige zuviel Reichsnotopfer bezahlt haben, so wird eine Rückerstattung der Abgabe in Frage kommen. Die Erstattungsanträge müssen beim Finanzamt eingereicht werden. Es bleibt sich jedoch gleichgültig, ob der Steuerpflichtige seine Vermögensabgabe in bar oder in Wertpapieren beglichen hat, beide Teile können erstattet werden. Barbeträge werden vom Finanzamt direkt erstattet, wogegen einbezahlte Wertpapiere erst durch die Reichshauptbank angefordert werden müssen und wird somit eine längere Zeit vergehen, bis die Wertpapiere wieder ausbezahlt werden können. Wertpapiere werden grundsätzlich nur in Wertpapieren wieder erstattet. Wenn aber ein Steuerpflichtiger z. Teil in Wertpapieren u. z. Teil in Bar sein Notopfer bezahlt hat, und es kommt eine Erstattung in Frage, so wird zuerst sein einbezahlter Barbetrag zurückerstattet und erst dann die Wertpapiere. Wenn Steuerpflichtige, die keinen Steuerbescheid erhalten haben, schon irgend welche Beträge einbezahlt haben und nicht wissen, ob sie eine Abgabe zu zahlen haben oder nicht, so wird es, bevor ein Erstattungsantrag gestellt wird, von Wichtigkeit sein, sich zuerst beim Finanzamt zu überzeugen, ob der Pflichtige auch wirklich steuerfrei ist. Im übrigen werden die zuvielbezahlten Barbeträge, soweit sie über 300 M sind, mit 5 Proz. Zinsen zurückerstattet. Zinsbeträge unter 10 M werden nicht erstattet. (§ 132 der Reichsabgabenordnung.) Bei Wertpapieren versteht es sich von selbst, daß dieselben mit den dazugehörigen Coupons wieder ausgegeben werden. Es wird noch ganz besonders betont, daß Erstattungen von Amts wegen bis auf Weiteres nicht erfolgen können, sondern daß der Steuerpflichtige den Erstattungsantrag beim Finanzamt selbst stellen muß.

* **Sie kann nicht sterben.** Wer da geglaubt hat, mit der Aufhebung der Viehbewirtschaftung werde auch die Fleischversorgungsstelle verschwinden, hat sich gründlich getäuscht. Die Ueberwachung des Viehverkehrs wird nämlich künftighin die Verwaltungsabteilung der bisherigen Fleischversorgungsstelle mit der Bezeichnung „Landesamt für Viehverkehr in Württemberg und Hohenzollern" übernehmen. Zu dieser Ueberwachung des Viehverkehrs muß man also ein Landesamt bestehen lassen, trotzdem die damit verbundenen Geschäfte u. E. derart gering sind, daß sie leicht von einem einzigen Beamten einer landwirtschaftlichen Berufsstelle besorgt werden könnten. Letzten Endes scheint eben die Zwangswirtschaft doch dazu da zu sein, um möglichst viele Leute auf Kosten der Allgemeinheit zu beschäftigen.

* **Schwere Frostschäden.** Immer mehr werden uns von verschiedenen Gegenden des Landes schwere Frostschäden gemeldet. So wird aus dem Ammertal bei Tübingen berichtet: Der Frost hat hier unermeßlichen Schaden verursacht. Die Kirschen- und Pflaumenblüten im Tale bis Mönchberg sind so gut wie ganz erfroren. Aber auch die Birnen- und Apfelblüten haben unter den kalten Nächten empfindlich gelitten. Wenn die Kälte nicht bald bricht, ist das Schlimmste zu befürchten. — Aehnlich lautet es aus Oberkirch: Einen traurigen Anblick bietet gegenwärtig die Hohwacht. „Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht" und knickte nicht nur die dunkeln Blaublümelein, sondern auch die jungen Triebe der Eichen, Kastanien und besonders der Reben, sodaß die Aussichten auf den sonst so guten Hochwachter Tropfen dieses Jahr gering sind.

* **Was ist ein Dollar?** In den letzten Tagen ist der Dollarkurs andauernd gestiegen; heute steht er auf 68; d. h. ein Dollar ist gleich 68 deutsche Papiermark.

L.C. **Holzmarkt.** Der Württ. Waldbesitzerverband schreibt: Die Flauheit im Holzgeschäft hält noch an. Der Druck, der auf unserem gesamten Wirtschaftsleben lastet, hat auch den Holzmarkt empfindlich getroffen. Erschwerend tritt hier noch hinzu, daß es bei den Feindbundlieferungen zu einem Preisdiktat gekommen ist, das die Ausführung der Holzlieferungen nicht einmal zu den niederen Inlandspreisen zuläßt. Sehr belastend wirkt ferner die ungeheure Bahnfrachterhöhung, gerade beim Rundholz; und es besteht die Gefahr, daß, wie bei den Fuhrlöhnen hier der Waldbesitz — wenn er nicht geschlossen zusammensteht — allein die Zeche zu zahlen haben wird. So war denn in den letzten Wochen auch in Mittel- und Norddeutschland ein gewisses Nachgeben der Preise zu beobachten, die jetzt etwa in gleicher Linie mit den süddeutschen Preisen stehen. Die Nachfrage im allgemeinen ist gedämpft; die Werke kaufen nur den nötigsten Bedarf und auf Grund getätigter Abschlüsse. Dabei gehen die Angebote und Erlöse in fast unglaublicher Weise auseinander; im März z. B. setzten eine Reihe kleinerer Gemeinden — dem Stimmungsdruck der Holzkäufer nachgebend — neues Nadelstammholz zu 140—180 Proz. der Taxen ab, wo zur selben Zeit im Staatswald 240—280 Prozent erzielt wurden.

Die Papierteuerung,

die neuerdings wieder über die deutschen Zeitungen hereingebrochen ist, beschäftigte am Sonntag eine aus allen Teilen Württembergs außerordentlich stark besuchte Zeitungsverleger-Versammlung. Die zahlreichen Herausgeber der Zeitungen aller Parteirichtungen faßten einmütig folgenden Beschluß:

Die neuerlich überraschend eingetretene große Steigerung der Papierpreise trifft die Lebensfähigkeit der Zeitungen in der bedenklichsten Weise. Diese Papierpreiserhöhung und die plötzliche Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung fallen zusammen in eine Zeit, in der endlich der ersehnte Preisabbau auf vielen Gebieten eingesetzt hat, so daß Ausgleichsmaßnahmen der Zeitungsverleger umso schwerer verstanden werden. Trotz alledem muß zur Abwehr auf Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise zurückgegriffen werden, weil alle anderen Mittel versagen oder unzureichend sind und weil die durch vielerlei Anforderungen schon ohnedies schwer bedrückten Zeitungen die alle Befürchtungen übersteigenden Mehrlasten unmöglich allein zu tragen vermögen. Die Zeitungsverleger werden selbst, soweit das noch in ihren Kräften steht, große Opfer bringen, aber einen Teil der unerträglichen neuen Last ihren Beziehern und Anzeigenbestellern auferlegen müssen. Mit tiefem Bedauern stellt die heutige stark besuchte Versammlung württ. Zeitungsverleger schließlich fest, daß die Reichsregierung, die die Zeitungen durch von ihr veranlaßte Gesetze betr. die Anzeigensteuer und die Erhöhung der Postgebühren, der Frachten, Telephon- und Telegrammgebühren in einer, die Aufgaben und den Kulturwert der Presse völlig mißverkennenden Weise schon schwer geschädigt hat, auch diese offenbar schwerste Notlage, in die die Zeitungen jetzt eintreten, wieder verkennt, indem sie sich nicht gescheut hat, Maßregeln zu ergreifen, die die Lage außerordentlich erschweren. Als eine solch tief schädigende Maßregel betrachten die württ. Zeitungsverleger die plötzliche, in eine Zeit weiterer Papierverteuerung und völlig ungeklärter politischer u. wirtschaftlicher Verhältnisse fallende Aufhebung der Bewirtschaftung des Zeitungspapiers, in der wir lediglich einen Ausfluß der Verärgerung über die von den deutschen Zeitungsverlegern eingenommene Haltung ihr gegenüber erblicken. — In der Versammlung schaffte sich die Empörung Luft, die in den Kreisen der Zeitungsverleger über die neu eingetretenen Zustände herrscht, gegen die die angestrengtesten Bemühungen um Verständigung und Hilfe vergeblich gewesen sind.

Altensteig. Sitzung des Gemeinderats vom 20. April. Die Kreisregierung hat mit Erlaß vom 4. April die ihr vorgelegten Satzungen zur Umwandlung der hies. Sparkasse in eine städt. Sparkasse mit einigen formalen Aenderungen anerkannt, und die Uebergangsgenehmigung in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat nimmt hievon Kenntnis u. beschließt, die Kreisregierung zu bitten, nunmehr die endgültige Genehmigung auszusprechen. — Die hiesige Kirchengemeinde ersucht um Erhöhung des Beitrags der bürgerlichen Gemeinde zu dem Gehalt des Mesners. Beschluß: diesen Beitrag von bisherigen 200 M auf 300 M zu erhöhen; — Auf Veranlassung der Oberpostdirektion sind in Sachen der Autolinie Altensteig–Dornstetten mit Posthalter Schraft hier Verhandlungen zu führen betr. Ermäßigung seiner Entschädigungsansprüche wegen Aufhebung des Postfahrdienstes Altensteig–Pfalzgrafenweiler vor Ablauf der Kündigungsfrist. Posthalter Schraft, der in der Sitzung erscheint, kann sich zu einer Ermäßigung seiner Forderung nicht verstehen, da die beteiligten Gemeinden, welche diese Entschädigung tragen sollen, solche nicht übernehmen wollen, so ist damit zu rechnen, daß dadurch der Autobetrieb erst nach Ablauf der Kündigungsfrist am 9. Sept. in Kraft tritt. — Forstmeister Diem berichtet über einen Stammholzverkauf aus Stadtwald Brandhalde u. Geiselhann von insgesamt 670 Fm. Tannen, Fichten und Forchen. Hierauf wurden von der Fa. Martin Braun hier geboten 220 und 226%, für Fichten und Tannen, sowie 170% der Forsttaxe für Forchen. Dieses Angebot findet Annahme u. der Verkauf Genehmigung. — Die Anstricharbeiten zu den am unteren Schulhaus anzubringenden Fensterläden werden dem Malermstr. Chr. Kirn, die Schlosserarbeiten hiezu an Schlossermstr. Paul Schaupp übertragen.

o **Schwarzwaldverein.** Wildberg, 25. Apr. Der Schwarzwaldverein hat für dies Jahr seine erste Wanderung gemacht. Da es gilt, mit den Mitgliedern der Nachbarorte die zerrissenen Bande neu zu knüpfen, so wurde als Wanderziel Gültlingen erwählt. Ueber die Ruine Waldburg, die Wanderschlucht und Holzbronn wurde das Ziel von den nach und nach auf über 20 Köpfe angewachsenen Wanderern zwischen 4 und 5 Uhr erreicht. Es war so richtiges Aprilenwetter: bald Regen, bald Sonnenschein — doch der wackre Schwarzwaldvereinler forcht sich nicht. Im „Hirsch" in Gültlingen war ein recht gemütliches Zusammensein, wo Herr Schultheiß Kern interessante Mitteilungen aus der alten und neuen Zeit Gültlingens machte, wobei er besonders aus dem Adelsgeschlecht der Gültlingen, das hier begütert war, manchen in der Geschichte des Bezirks und des Landes wichtigen Mann erwähnte. Schwäbische Gedichte von O. Keller, die zum Vortrag gebracht wurden, brachten ein gesundes Lachen und erhöhten noch weiter das gemütliche Beisammensein. Der Vorstand, Herr Professor Elwert, sprach den Wunsch aus, man möge bald wieder solch eine Wanderung machen, doch mit größerer Beteiligung.

Waldorf, 26. April. Einen seltenen Genuß bereitete uns am Sonntag abend der hiesige Liederkranz durch Veranstaltung eines Familien-Abends im Gasthaus zur Krone. In bunter Reihenfolge wechselten schöne Gesänge mit Solo- und Gedichtvorträgen ab, sodaß jeder Besucher nach gut verlaufener Feier voll befriedigt von dem Gehörten nach Hause ging. Dem vor kaum einem Jahr wieder ins Leben gerufenen Verein auch fernerhin gutes Gedeihen!

Württemberg.

r **Volkswirtschaftlicher Ausschuß.** Stuttgart, 24. Apr. Nachdem an Stelle des früheren Zentrumsabgeordneten Schuler der Zentrumsabgeordnete Groß zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war, wurde eine Eingabe des Verbandes der technisch-industriellen Beamten um Verwendung von überzählig gewordenen Militärbaumeistern auf Antrag des Berichterstatters Henne der Regierung zur Berücksichtigung übergeben, ferner der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 4. Januar 1921 über die Beschäftigung weibli-

---

Das Beste wird nicht deutlich durch Worte. Der Geist, aus dem wir handeln, ist das Höchste. Goethe.

Im Schatten der Schuld.

71) Original-Roman von Hanna Forster.

Ernst und eindringlich ruhten die hellen Augen des alten Herrn bei dieser Frage auf dem stolzen, aristokratischen Antlitz des Grafen. Aber dieser saß unbeweglich da, und in seinen Augen glühte es auf wie im Zorn und Empörung. Nein, er sah es nicht ein. Niemals würde er dieses seinen Stolz aufs tiefste verletzende Anerbieten annehmen, niemals sich das Erbe, das ihm und seinem Bruder von Rechts wegen zukam, als Geschenk in dieser demütigenden Weise sich hinwerfen lassen.

Er stand auf, heftig seinen Stuhl zurückschiebend.

„Wollen Sie bitte Fräulein von Ullmer mitteilen, daß ich und mein Bruder — ich bin seines Einverständnisses in dieser Angelegenheit sicher — dieses „Geschenk" zurückweisen. Wir verzichten darauf. Ein Graf Hollwangen läßt sich nichts schenken."

Er hatte mit großer Bitterkeit, aber in so festem ruhigen Ton gesprochen, daß der Justizrat als guter Menschenkenner wohl einsah, hier war vorläufig nichts zu erreichen. Jedes weitere Wort von seiner Seite würde die Erregung des Grafen nur noch gesteigert haben. So neigte er höflich das Haupt und sagte:

„Um Fräulein von Ullmers willen, die sich bei ihrem Anerbieten sicher nur von den edelsten Motiven leiten ließ, bedaure ich aufrichtig Ihre Antwort, Herr Graf. Aber ich nehme sie selbstverständlich zur Kenntnis und werde sie meiner Auftraggeberin übermitteln."

Graf Eberhard verbeugte sich und verließ das Zimmer von dem innerlich über diesen Ausgang der Sache recht traurigen Justizrat bis zur Tür geleitet.

Als Graf Eberhard aus dem Hause des Justizrats trat, wollte er sich zwingen, seine wild stürmenden Gedanken in ruhig und maßvolle Bahnen zu lenken. Enttäuschung, Gram, Schmerz, Empörung, alles das kämpfte einen heftigen Kampf in seiner stolzen Seele. Gerade weil er Renate so tief und heiß liebte, hatte ihn ihr Anerbieten, ihre ganze Handlungsweise, die er ja nicht verstehen konnte, furchtbar getroffen und in einer Weise innerlich erschüttert, daß er ganz verzweifelt war.

Seine Hoffnung, Renate als sein Weib heimführen zu können, die trotz ihres ihm seltsam und in gewisser Hinsicht ganz unbegreiflich vorkommenden Briefes weiter bestanden hatte, war jetzt vernichtet. Er fühlte, zwischen ihnen beiden war alles aus. Nie wieder konnte das ausgelöscht, nie wieder gutgemacht werden.

Am Abend suchte ihn sein Bruder und Baron von Lowitz auf dem Gute auf.

Graf Eberhard ließ die beiden Herren nicht lange im unklaren über das, was ihn in Aufregung versetzt hatte, wenn er auch natürlich um keinen Preis irgend etwas von seiner Liebe zu Renate und von seinen vernichteten Glückshoffnungen verraten hätte.

„Ich bekam heute vormittag ein Schreiben von Justizrat Schröder, daß er mir in Sachen der Erbschaft der verstorbenen Frau von Nehrung eine wichtige Mitteilung zu machen habe." Er begann es in sachlichem Ton, der aber gegen seinen Willen doch seine innere Erregung verriet. „Aufs höchste überrascht, ritt ich gleich hinüber, und der Justizrat übermittelte mir nun ein Angebot von Fräulein von Ullmer, uns beiden die gesamte Hinterlassenschaft Frau von Nehrings, also das Vermögens unseres Onkels, als Geschenk zu überreichen."

Er hielt einen Augenblick inne und sah die beiden Herren an, wie um festzustellen, welche Wirkung seine Worte auf sie hervorbrachten. In deren Mienen zeigte sich natürlich großes Erstaunen und Erwartung.

Da fuhr Graf Eberhard mit lauter Stimme fort:

„Selbstverständlich habe ich dieses meinen Stolz verletzende und im höchsten Grade demütigende Anerbieten ganz entschieden und für alle Mal zurückgewiesen — —"

„Eberhard — —"

Es war Benno, der den Bruder mit diesem erschreckten Ausruf unterbrach. Graf Eberhard sah ihn an, sein Gesicht veränderte sich jäh, seine Augen flammten.

„Wenn du anderer Ansicht bist, wenn du dir von Fräulein Ullmer etwas schenken lassen willst, so steht es dir frei, dich mit ihr in Verbindung zu setzen. Unsere Wege würden dann allerdings geschieden sein."

Ganz bestürzt blickte Benno auf den älteren Bruder, wie seltsam, wie unbegreiflich er wieder einmal war, wie sein Stolz ihn alles Maß vergessen ließ!

„Aber Eberhard," rief er begütigend, „so war mein Ausruf gewiß nicht gemeint. Wenn du diese Ablehnung für richtig hältst, dann füge ich mich selbstverständlich, aber ich bin fest davon überzeugt, daß Fräulein von Ullmer nur von edelsten Motiven geleitet wurde, als sie dieses Anerbieten machte."

„Ja," mischte sich jetzt Baron von Lowitz ein, der bisher ein schweigender, doch aufmerksamer Zuhörer gewesen, „auch ich bin dieser Ansicht und finde es nicht richtig, daß Sie, lieber Eberhard, gleich und so entschieden ablehnten."

„Ich habe im übrigen," sagte Eberhard statt jeder Antwort, „die Absicht, das Vorwerk zu verkaufen und nach den Kolonien zu gehen."

Betroffen blickten seine beiden Besucher ihn an. Sie begriffen ihn nicht. Aber weder Benno noch Baron von Lowitz wollten ihn angesichts seiner Erregung und seines abweisenden Stolzes, der aus jeder seiner Mienen, seinen Augen sprach, noch mit Fragen quälen. Aber beide hatten denselben Gedanken: „Und was wird aus seiner Verlobung mit Hilla von Gebhardt? Haben wir uns denn alle in unserer Annahme geirrt?" — — — (Forts. folgt.)

her Personen in Gast- und Schankwirtschaften auf Antrag des Berichterstatters Barnholt zugestimmt. Schließlich wurde ein Antrag Eggert angenommen, die Eingabe von 5 durch die Aufhebung des ehemaligen Artilleriedepots in Ludwigsburg beschäftigungslos gewordenen Arbeitern um Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Sinne tunlichster Berücksichtigung der Regierung zu überweisen.

Oberbürgermeisterwahl. Stuttgart, 24. Apr. Bei der am letzten Sonntag vorgenommenen Stadtvorstandswahl wurde der seitherige Oberbürgermeister Lautenschlager, für den sämtliche bürgerliche Parteien und die Mehrheitssozialisten eintraten, mit 69 697 Stimmen von insgesamt 79 698 abgegebenen wiedergewählt. Der Gegenkandidat, der kommunistische Gemeinderat Schreck erhielt 9704 Stimmen. Ungültig waren 286, zersplittert 13 Stimmen. Von den letzteren entfielen u. a. je eine Stimme auf Hindenburg, Ladendorff und den Herzog zu Württemberg. Die Wahlbeteiligung betrug 42 Proz., die Zahl der Wahlberechtigten 188 433. Die Wahl nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten Wahlenthaltung proklamiert. Trotz eifriger Wahlagitation der Kommunisten ist ihr Erfolg sehr unbedeutend. Bei der Landtagswahl im Sommer brachten sie rund 10 000 und die Unabhängigen, die unterdessen meist zu den Kommunisten übergegangen sind, 30 000 Stimmen auf.

Die Landwirtschaftskammer zur Getreidebewirtschaftung.

r Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der der Entwurf eines Haushaltsplanes für 1921 durchberaten wurde. Ferner wurde zur Neckarkanalisation Stellung genommen und gefordert, daß die Landwirtschaft bei den mit der Durchführung betrauten Behörden und Organisationen vertreten sein müsse. Zur Getreidebewirtschaftung 1921 nahm der Vorstand folgende Stellung ein: Die Bewirtschaftung des Getreides ist freizugeben; falls die Freigabe nicht zu erreichen ist, ist das Umlageverfahren dem jetzigen System als kleineres Uebel vorzuziehen. Bei der Umlage müssen die kleinen Betriebe besonders berücksichtigt werden und ganz kleine Betriebe überhaupt freigelassen werden. Pro Hektar dürfen nicht mehr als 8 Zentner Getreide verlangt werden, der Rest ist vollständig freizugeben. Der Preis für das Umlagegetreide ist nach den Feststellungen der Indexkommission festzusetzen, Anbauzwang, Beschlagnahme und Mühlenkontrolle müssen unterbleiben.

r **Forderungen der Holzarbeiter.** Neuenbürg, 22. Apr. Die Holzarbeiter nahmen folgende Entschließung an: Die Holzarbeiter sind durchdrungen von der festen Ueberzeugung, daß die schweren Gefahren für Leben und Gesundheit, denen sie täglich bei der Berufsarbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen ausgesetzt sind, durch geeignete Schutzmaßnahmen wesentlich herabgemindert werden können. Die Versammlung begrüßt es, daß das Reichsarbeitsministerium von den ihm auf Grund der Gewerbeordnung zustehenden Befugnissen Gebrauch machen und eine Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen erlassen will, in denen Maschinen zum Hobeln, Sägen und Fräsen von Holz benützt werden. Die Versammlung erklärt sich mit dem vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Entwurf zu einer Verordnung auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung grundsätzlich einverstanden. Sie verlangt jedoch, daß die vorgesehenen Schutzvorschriften zwingend gestaltet und die vorgesehenen Ausnahmen wesentlich eingeschränkt werden. Wo aus besonderen Verhältnissen Ausnahmen angebracht erscheinen, dürfen sie nur im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter zugelassen werden. Eine ausreichende Vermehrung der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist erforderlich. Zum Aufsichtsdienst sind praktisch erfahrene Maschinenarbeiter heranzuziehen.

r **Schweinemarkt.** Ulm, 25. Apr. Dem Schweinemarkt waren 238 Milchschweine und 5 Läufer zugeführt. Der Handel gestaltete sich lebhaft, die Preise blieben auf der seitherigen Höhe: Es kosteten Milchschweine 400—450 M, Läufer 600—800 M.

Letzte Drahtnachrichten.

Der Reichstag.

Berlin, 25. Apr. Die heutige Sitzung des Reichstags wurde mit einer Ansprache des Präsidenten eröffnet, in der er den Tirolern für das durch die Abstimmung bewiesene Vertrauen zur deutschen Sache dankte. Als erster Punkt standen die Interpellationen der Unabhängigen und der Deutschnationalen über die auswärtige Politik auf der Tagesordnung. In seiner Begründung der unabhängigen Interpellation protestierte der Abg. Dittmann dagegen, daß die Regierung den Reichstag noch immer nicht über ihren jüngsten Schritt bei der Entente unterrichtet habe und forderte die Regierung auf, sich die bekannten Amsterdamer Wiederaufbauvorschläge zu eigen zu machen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen rief der Redner wiederholt stürmische Entrüstungskundgebungen der Rechten hervor, so als er behauptete, der Versailler Vertrag und die Sanktionen seien vom gleichen Geist diktiert wie der Vertrag von Brest-Litowsk, daß es die Regierung in Bezug auf die Entwaffnung an Energie habe fehlen lassen und daß im Osten eine Mobilisierung gegen Polen vorbereitet werde. Als er die Beisetzung der Kaiserin als monarchistische Demonstration bezeichnete, verließen die Rechte und das Zentrum unter Pfuirufen den Saal. Schließlich verlangte der Redner ein nationales Wiederaufbauamt u. dazu ein internationales Wiedergutmachungsamt. Für die Deutschnationalen begründete Abg. Dr. Hötzsch die Interpellation. Er bezeichnete das Telegramm an Harding als vollständige Entwürdigung Deutschlands und die bedingungslose Kapitulation vor dem Ausland als Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Auch dieser Redner protestierte gegen die verfassungswidrige Geheimniskrämerei der Regierung und fragte, warum die Reparationsvorschläge der Regierung nicht schon längst fertiggestellt worden seien. Seine Partei lehne die Verantwortung für eine Politik ab, die das deutsche Volk immer mehr in den Abgrund führe. Nachdem Außenminister Dr. Simons erklärt hatte, daß die deutsche Note in Washington eingegangen sei, daß es aber die amerikanische und die deutsche Regierung nicht für angezeigt hielten, Wortlaut und Inhalt der Note schon heute mitzuteilen, wurde um 3/4 6 Uhr die weitere Debatte, einem Wunsch des Ministers entsprechend auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt.

Die Ablieferung 1 Milliarde Goldmark bis spätestens 30. April verlangt.

Paris, 26. Apr. Nach einer von der „Agence Havas" veröffentlichten Note der Reparationskommission hat diese in ihrer Vollsitzung vom 25. April infolge der Ablehnung der deutschen Regierung, den Metallbestand der deutschen Reichsbank nach Koblenz oder Köln überführen zu lassen, beschlossen, die Ablieferung von 1 Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

Vom franz. Polizeigericht verurteilt.

Berlin, 26. Apr. Der „Berl. Lokalanz." meldet aus Speyer: Vor dem französischen Polizeigericht in Speyer standen drei höhere deutsche Zollbeamte, die sich geweigert hatten, unter dem leitenden Ausschuß des alliierten Zolles in Koblenz Dienst zu tun und die das besetzte Gebiet verlassen hatten. Oberzollrat Weiersmüller in Ludwigshafen wurde zu 8 Monaten Gefängnis und 20 000 M Geldstrafe verurteilt, Zollinspektor Heß zu 6 Monaten Gefängnis u. 12 000 M Geldstrafe, Zollinspektor Mühldörfer aus Speyer zu 5 Mon. Gefängnis und 3000 M Geldstrafe.

Aufhebung der Immunität Erzbergers.

Berlin. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, die Immunität des Abg. Erzberger für die Strafverfolgung wegen Einkommensteuerhinterziehung aufzuheben.

Verurteilung der Sprengstoff-Attentäter auf das Dresdener Landgericht.

Berlin, 26. Apr. Einer Meldung des „Tageblatts" aus Dresden zufolge, wurden die Urheber des Sprengstoff-Attentats auf das Dresdener Landgericht, der Betonarbeiter Karl Scholz und der Arbeiter Joh. Franke zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Verfahren gegen den Chef der thüring. Landespolizei.

Berlin, 26. Apr. Von einem Beauftragten des Reichsministeriums des Innern ist auf eine Anzeige hin im Einvernehmen mit der thüringischen Landesregierung ein Verfahren gegen den Chef der Landespolizei in Thüringen, Polizeimajor Müller-Brandenburg eingeleitet worden; die Vorwürfe gegen Müller-Brandenburg beziehen sich den Blättern zufolge eines Teils darauf, daß in der Landespolizei Personen die der USP. oder der Komm. Partei angehören, bei der Einstellung und Beförderung besonders bevorzugt seien. Eine Anzeige enthält weiter die Beschuldigung des Hochverrats gegen Angehörige der thüringischen Landespolizei, gelegentlich des letzten Kommunistenputsches.

Die Zentrale einer neuen kommunistischen Organisation ausgehoben.

Berlin. Nach dem „Berliner Tageblatt" ist es der Halleschen Polizei Samstag Nacht gelungen die Zentrale einer neuen kommunistischen Organisation auszuheben. Der Leiter dieser Organisation war ein gewisser Evert aus Berlin, der sich auch Bohm nannte. Es gelang, Evert zu verhaften. Gleichzeitig konnte ein großer Reisekoffer mit wertvollem Aktenmaterial beschlagnahmt werden.

Letzte Kurz-Meldungen.

„Daily Mail" erfährt aus Washington, daß die Regierung den Fraktionsführern im Senat den Wunsch ausgedrückt hat, die Resolution Knox über den Frieden mit Deutschland erst nach dem 1. Mai zu behandeln, um der Entente entgegenzukommen.

Zur Leitung der französischen Propaganda in Argentinien, Uruguay und Brasilien wird sich der Marschall Petain nach Südamerika begeben.

Eine halbamtliche griechische Note dementiert die Griechenland zugeschriebene Absicht den Kampf gegen die Kemalisten einzustellen.

Am 15. Juni wird in Moskau die Zweite internationale Kommunistenkonferenz zusammentreten.

Die neuen deutschen Vorschläge sind nach einer Kabeldepesche in der Nacht vom Sonntag zum Montag in New York eingetroffen. Harding und Hughes prüfen den Inhalt. In offiziellen Kreisen wird die Lage optimistischer beurteilt.

Die Veröffentlichungen über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge beruhen auf Kombinationen. Amerika wünscht keine Bekanntgabe, bevor nicht mit einem Begleitschreiben Deutschlands Vorschläge den Alliierten übermittelt sind. Daher wird Dr. Simons im Reichstag über den Inhalt keine Erklärungen abgeben.

Mutmaßl. Wetter am Mittwoch und Donnerstag.
Vielfach bedeckt, mäßig kühl.

Lehrverträge sind wieder vorrätig bei **G. W. Zaiser**, Buchhdlg. **Nagold.**

Bruchleidende

tragen oft kein Bruchband, weil ihnen der Druck ihres Federbandes zu lästig ist, verschlimmern aber ihr Leiden dadurch.

Mein Bruchband **„Ideal" ohne Feder,** eigenes System, auch bei Nacht tragbar, bietet die grösste Erleichterung, unter Garantie für tadelloses Passen. **Leib- und Vorfallbinden, Geradehalter.** Langjährige Erfahrung. Reelle Bedienung.

Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in **Nagold Freitag, 29. April von 8—12 Uhr morgens im Hotel Post.**

Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstrasse 46.
1854

Glas- und Schmirgel-Papier empfiehlt **G. W. Zaiser, Nagold.**

Wasserleitungsrohr
100 lfd. m 40 mm } galv.
12 „ „ 45 „ }
mit Verschraubung, gut erhalten, verk. u. erbittet Offerte
Hartmann, Fischzücht.,
1945 **Pfrondorf.**

Nagold.

Am Himmelfahrtsfest 5. Mai ds. Js.
findet die

Weihe des Kriegergedächtnismals

statt.

Die Feier umfaßt einen ersten Teil in der Oberkirche selbst und den zweiten Teil — die allgemeine Feier — auf dem Kriegerfriedhof.

In der Oberkirche ist nur für die allernächsten Angehörigen der Gefallenen Sitzgelegenheit, weshalb Einlaßkarten ausgegeben werden müssen. Ohne dieselben ist kein Zutritt möglich.

Ich bitte die Angehörigen der Gefallenen den nötigsten Bedarf an Einlaßkarten alsbald auf der Polizeiwache anzumelden.

Ueber die Feier selbst erfolgt noch weitere Bekanntmachung.

Nagold, den 26. April 1921.

1949 Stadtsch.-Amt: Maier.

Nagold

Unter Hinweis auf die vom Oberamt Nagold erteilten Vorschriften im Gesellschafter Nr. 93 wird zum Besuch des **am Donnerstag, den 28. ds. Mts. stattfindenden**

Pferde-, Vieh-, Schweine- und Krämermarkts

noch besonders eingeladen.

Den 24. April 1921. 1953

Stadtschultheißenamt: Maier.

Anzeigen für den **am Donnerstag stattfindenden Markt** bitten wir **sofort** in der **Geschäftsstelle** abgeben zu wollen.

Effringen.

Fahrnis-Verkauf

am **Mittwoch den 27. d. Mts nachmittags 1 Uhr** in Nachlaßsache des † **Johann Georg Dürr,** Goldschmied:

2 Kühe,
1 Wagen, 2 Eggen, 1 Pflug, 2 Kuhgeschirr,

1 Güllenfaß, 1 Rübenschneider, 1 Futterschneidmaschine, 1 Güllenpumpe, 25 Ztr. Heu und sonstige landw. Geräte.

1946 **Ratschr. Höhn.**

Ein jähriges

Zuchtrind

hat zu verkaufen 1963

Martin Maser, Nagold.

Wer das Guitarre-Spielen gründlich nach Noten erlernen will, wird gebeten, seine Adresse unter Nr. 1920 an die Exped. d. Bl. abzugeben.

Als Verlobte empfehlen sich

alljährlich eine stattliche Anzahl junger Paare, die sich gefunden fürs Leben. Wollen diese, daß ihr Verlöbnis allgemein, besonders aber bei ihren Freunden bekannt wird, so sei ihnen auch an dieser Stelle eine diesbezügl. Anzeige im

„Gesellschafter"

dringend empfohlen.

Die 3 Hauptpunkte

beim Einkauf sind

● gute Ware ● billigste Preise ● reelle Bedienung

Dieses alles bietet Ihnen in jeder Weise die Firma

Chr. Raaf Nachf. M. Schloss

in Nagold (neben Berg & Schmid.)

Sie finden daselbst: 1950

Ia Hemdenflanell
Ia reinwollene Kleiderstoffe
Ia Unterrockflanell
Ia Schürzenzeugle
Ia Dirndlstoffe
extra starke Arbeitshosen
Sommerjuppen etc. etc.

Chr. Raaf Nachf. M. Schloss, Nagold.

Wir halten am nächsten Donnerstag den 28. ds. Mts.
in Nagold im Hotel z. „Post", Zimmer Nr. 10
von 11—3 Uhr Sprechstunde ab.

Bank-Commandite Horb,

1962 Carl Weil & Cie.
Telefon Nr. 78 und 139.

Ueberzeugen Sie sich und wenden Sie sich !!
bei Bedarf von 1736

FARBEN UND LACKE

jeder Art **nur an einen Fachmann**, der Ihnen aus **eigenen praktischen Fachkenntnissen jede Anleitung** und **Auskunft** zur Verarbeitung geben kann. Die beste Bezugsquelle auf diesem Gebiet finden Sie bei

K. Ungerer, Malermeister

Spezialgeschäft für Farben u. Lacke
Nagold.

Sämtliche Farben werden nach Wunsch in allen Tönen streichfertig gerichtet.

„Rockenit"

empfehle ich für wetterfeste Anstriche, feuchte Wände etc., liefere es zu den neuesten herabgesetzten Fabrikpreisen und versende es franko nach jeder Bahnstation im Oberamt Nagold sowie den angrenzenden Oberämtern in Kesseln von 3½ Kg.

Den **Herren Schreinermeistern** empfehle ich die weitaus beliebteste
Jansen's Arti-Wachsbeize
in allen Farben nach Musterkarte, sowie sämtliche **„Mattpräparate"** wie: **Schellack-Mattierung, Schellack-Politur, Copal-Politur, Petersburger—Polituriack, Sarglack** schwarz und farblos, **Schleiföl, Polieröl** gelb und rötl., **Möbelwachs** weiss und gelb **u. s. w.**
Maschinenöl, Motorenöl, Cylinderöl, Consistentes Fett, Riemenwachs ∴ Leim ∴ Leimpinsel ∴ Glaspapier.
D. O.

Nagold. 1956

Brennspiritus

ohne Marken
empfehlen billigst
Berg & Schmid.

Nagold. 1955
Das

Schleifen

von

Scheren u. Rasiermessern

bringt in
empfehlende Erinnerung
Ad. Merkle, Bahnhofstr. 50 Gtr.

Feineres und sächsisches braunes

Koch-Geschirr

ist wieder eingetroffen.
Joh. Helber, Geschirrhdlg.
1959 **Nagold.**

1960 Nagold.
Eine Partie selbstgemachte

Peitschen-Schlingen

hat abzugeben zu billigem Preis.
J. Rinderknecht, Sattlermstr.

1958 Nagold.
Eine

Gluckhenne

mit 6 Küchen (Italiener)
verkauft
A. Köcher, Oelfabrik.

Ca. 20 bis 25 Ztr. gut eingebrachtes 1957

Wiesenheu

sowie 10 bis 15 Ztr.

Stroh

hat zu verkaufen
Wer? sagt die Geschäftsst.

1948 Rohrdorf, den 25. April 1921.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Schwiegervater und Großvater

Friedrich Dengler, Bauer

unerwartet schnell im Alter von 70 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die Gattin: Sara Dengler, geb. Knöller mit Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 1¾ Uhr statt.

Elektrisches Lohtanninbad :: Nagold.

Erfolgreichstes Verfahren gegen alle Arten von Gicht und Rheumatismus, Nervenleiden, Nieren- und Blasenleiden, Herzleiden und alle Blutstauungen.

Die Bäder sind angenehm zu nehmen u. wirken sicher, was aus vielen Anerkennungsschreiben zu ersehen ist.

Außer Sonntags ist das Bad täglich geöffnet und ladet zum Besuch ergebenst ein.

1954 **Carl Schwarzkopf.**

Walddorf-Ebhausen.

Statt besonderer Einladung.

Zu unserer am **Donnerstag den 28. April 1921** im Gasth. zum **„Löwen"** in **Ebhausen** stattfindenden

Hochzeits-Feier

beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte ergebenst einzuladen 1775

Karl Stickel,
Sohn des † Chr. Stickel, Maurermeister, in Walddorf

Luise Schöttle
geb. Matt, in Ebhausen.

Kirchgang ½ 12 Uhr in Ebhausen.

Altensteig. 1961
Bringe am Markttag große Auswahl
selbstangefertigter **Taschenmesser**
in jeder Ausführung

BESTECKE

einzelne Tischmesser, Schlachtmesser
alle Sorten **Scheren**
Rasiermesser, Rasierzeuge u. s. w.
Nur gute Qualität!

Friedr. Roller, Messerschmied
vorm. Rothenbacher.

! Achtung !

Komme mit einer großen Auswahl

Schuhwaren

auf den Markt. 1947

Karl Stoll von Calw.

Gottlieb Beck aus Reutlingen
kommt am Donnerstag mit einer großen Partie 1951

Schuhwaren

auf den Markt nach Nagold.

Effringen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag den 28. April 1921

in das Gasthaus zum „Pflug" in Effringen freundlichst einzuladen.

Gottlieb Huissel — Sohn des Jakob Huissel, Hafner in Effringen.

Katharine Roller — Tochter des † Johannes Roller Schneider in Effringen.

1904 Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.